

Antrag öffentlich	Datum 13.02.2008	Nummer A0038/08
Absender DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	13.03.2008	
Kurztitel Sozialticket		

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. Initiativen zur Einführung eines Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr der Landeshauptstadt Magdeburg zu unternehmen
2. den Stadtrat bei der Beauftragung seiner Gesellschaftervertreter bzw. Aufsichtsratsmitglieder in der MVB GmbH hinsichtlich der Prüfung zur Einführung eines Sozialtickets in der Landeshauptstadt Magdeburg aktiv und kreativ zu unterstützen.

Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister, mit der Geschäftsführung der MVB GmbH Varianten zu beraten. Das könnten sein bspw. zusätzliche Zuwendungen aus dem städtischen Haushalt je Einzelfahrschein für die Verbesserung der Mobilität der Transferleistungsempfänger oder Einführung eines Tickets zum halben Preis (jeweils im Vorverkauf nach Vorlage des Magdeburg(Sozial)Pass) mit dem Ziel der Gewinnung neuer bezahlender Kunden.

Begründung:

In der Landeshauptstadt Magdeburg sind gegenwärtig etwa 40.000 Menschen von Armut betroffen. Dies sind sowohl Menschen mit Ansprüchen auf Leistungen aus dem SGB II bzw. SGB XII als auch Menschen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit Ansprüchen auf Ergänzungsleistungen der Agentur für Arbeit. Die Gesellschaft fordert und fördert die Menschen gerade in Bezug auf die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit mit existenzsicherndem Einkommen. Daneben sind im Rahmen der Daseinsvorsorge allen Menschen im Land gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten.

Aufgrund der sozialen Lage der Betroffenen kann eine individuelle Mobilität nicht immer vorgehalten werden. Für diese Menschen steht der Öffentliche Personennahverkehr zur Verfügung. Die derzeit gegebene Tarifstruktur bei den Fahrpreisen schließt jedoch von Armut betroffene Menschen sowohl von der geforderten Mobilität und Flexibilität zur Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung als auch von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weitgehend aus. Dies soll geändert werden.

Für den Fall der Einzelfahrscheinsubventionierung ist durch Vereinbarung mit der ARGE zu sichern, dass sich die Maßnahme der Stadt nicht schädlich auf die Transferleistungen auswirkt.

Um Überweisung in die Ausschüsse GeSo, FuG, FG und die Gesellschafterversammlung der MVB wird gebeten.

Hans-Werner Brüning
Fraktionsvorsitzender